

Aktenzeichen

Verfasser/in

Nießlein, Holger

Beratung

Datum

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss  
Stadtrat

15.02.2022  
22.02.2022

öffentlich  
öffentlich

Betreff

**Antrag der AfD zu Flüchtlingen in Ansbach**

## **Sachverhalt:**

### 1. Unterbringung von Asylbewerbern; Verteilungsschlüssel

Die Stadt Ansbach hat unter den mittelfränkischen kreisfreien Städten und Landkreisen eine Verteilungsquote von 2,30 % zu erfüllen. In der Vergangenheit wurden der Stadt Ansbach weit mehr Asylbewerber zugewiesen als dieser Quote entsprochen hätten. Zwischenzeitlich jedoch hat sich die Zuweisungspraxis der vorgegebenen Quote immer mehr angenähert, sie beträgt derzeit (Stand 31.1.2022) lediglich 2,60 % statt 2,30 %, mithin 25 Personen über Soll. Diese zusätzlichen Asylbewerber können problemlos in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

### 2. Kontakt zur Polizei

Seit Amtsantritt von Herrn Oberbürgermeister Deffner findet im Stadthaus in regelmäßigen Abständen ein Sicherheitsgespräch unter Beteiligung von Staatsanwaltschaft, Polizeiinspektion und Kriminalpolizei sowie dem Oberbürgermeister und den zuständigen Referenten statt. Das nächste Treffen ist für den 1.3.2022 terminiert.

Der Antrag ist daher erledigt. Es wird angeregt, diesen zurückzunehmen.

### 3. Information des Stadtrats über die vorbestraften Flüchtlinge in Ansbach

Seit 2015 wurden in Ansbach 1983 Flüchtlinge untergebracht. Hinsichtlich des strafrechtlichen Status von Flüchtlingen wird bei der Stadt Ansbach keine Statistik geführt. Das SG Ausländerrecht müsste somit jede einzelne Akte hinsichtlich eventueller Vorstrafen durchsehen. Dieser Verwaltungsaufwand ist nicht verhältnismäßig und vom vorhandenen Personal nicht zu bewältigen.

## **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat spricht sich gegen eine weitere überproportionale Aufnahme von Flüchtlingen über dem gängigen Verteilungsschlüssel aus.
2. Die Verwaltung stellt einen regelmäßigen Kontakt zur Polizei her, um eine aktuelle Einschätzung zur Sicherheitslage in der Stadt zu ermitteln. Es erfolgt eine Berichterstattung im Stadtrat.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitglieder des Stadtrates einmal im Quartal über den aktuellen Stand der in Ansbach neu zugewiesenen vorbestraften Flüchtlinge zu informieren.

**Anlagen:**

Antrag AfD Flüchtlinge  
Antrag Information Verwaltung Flüchtlinge  
Antrag Polizei Flüchtlinge  
Antrag Verteilungsschlüssel Flüchtlinge